

6421/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten KO Scheibner, Dr. Krüger und Kollegen
an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz
betreffend Zusagen der privaten Mobiltelekommunikationsbetreiber gegenüber
der Bundesregierung

Der rasche Ausbau der GSM - Sendemasten beunruhigt die Bevölkerung und insbesondere die Anrainer, die sich in ihrer Gesundheit gefährdet fühlen. Der Grad der gesundheitlichen Belastung ist wissenschaftlich noch nicht gänzlich erforscht. Die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz hat gegenüber einer besorgten Bürgerin mit Schreiben vom 8. April 1998 unter anderem folgendes erklärt: „Abschließend möchte ich Sie aber darauf hinweisen, daß die privaten Mobiltelekommunikationsbetreiber gegenüber der Bundesregierung ausdrücklich versichert haben, die Aufstellung der Sendemasten in vorhergehender Abstimmung mit den Anrainern durchzuführen.“

Zu dieser Erklärung stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

ANFRAGE:

1. Wann erfolgte die „ausdrückliche Versicherung“ der privaten Mobiltelekommunikationsbetreiber gegenüber der Bundesregierung?
2. Wurde die „ausdrückliche Versicherung“ gegenüber der gesamten Bundesregierung als Kollegialorgan oder gegenüber einzelnen Bundesministern, bejahendenfalls gegenüber welchen Bundesministern, abgegeben?
3. Von welchen privaten Mobiltelekommunikationsbetreibern wurde die „ausdrückliche Versicherung“ abgegeben?
4. Erfolgte die „ausdrückliche Versicherung“ von den privaten Mobiltelekommunikationsbetreibern kollektiv oder durch gesonderte Mitteilungen?

5. Wurde(n) die „ausdrückliche(n) Versicherung(en)“ in mündlicher oder schriftlicher Form abgegeben? In letzterem Fall, ersuchen wir, den vollen Text wiederzugeben, oder das oder die Schreiben als Kopie beizuschließen.
6. Welche Schritte haben Sie als Mitglied der Bundesregierung unternommen, im Gespräch mit den zuständigen Ressortkollegen um eine Verbesserung der Rechtsstellung der Anrainer herbeizuführen?
7. Beschlüsse der Bundesregierung haben nach den einschlägigen Bestimmungen stets einstimmig zu erfolgen. Warum haben Sie von Ihrem Vetorecht gegen Regierungsbeschlüsse betreffend Änderungen des Telekommunikationsgesetzes, die eine Verbesserung der Rechtsstellung der Anrainer nicht vorsahen, nicht Gebrauch gemacht?
8. Bekennen Sie sich als Mitglied der Bundesregierung zu deren kollektiver Verantwortung, im Versagen Anrainern von GSM - Sendemasten Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die Aufstellung einzuräumen?